

Bieter	Maßnahmennummer	Datum
	<u>2019FB11-043</u>	
Baumaßnahme Instandsetzung „Grüner Graben“ mit begleitendem Wanderweg/ OT Kühnhaide/Pobershau		
Leistung Ingenieurbau		

Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes

Vereinbarung zwischen Auftragnehmer (___) und Nachunternehmer (___) zur Einhaltung der tarifvertraglichen und öffentlich rechtlichen Bestimmungen bei der Ausführung von Bauleistungen

Nach den Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen hat der Auftragnehmer bei der Weitervergabe von Leistungen an Unternehmen nach § 6a Abs.10 VOB/A oder an Nachunternehmer nach § 4 Abs.8 VOB/B die nachstehende Vereinbarung zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer zum Vertragsgegenstand zu machen.

1. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die staatlichen Sicherheitsvorschriften (Arbeitsschutzgesetz, Arbeitssicherheitsgesetz, und einschlägige Rechtsverordnungen, insbesondere ArbeitsstättenV, DruckluftV, GefahrstoffV, BetriebssicherheitsV, PSA-BenutzungsV und LastenhandhabungsV) und die Sicherheitsvorschriften der Berufsgenossenschaften (Unfallverhütungsvorschriften, insb. die UVV Bauarbeiten, BGV C 22, VBG-40 - Erdbaumaschinen, VBG-41- Rammen, BGV-D-16 – Heiz- Flämm- und Schmelzgeräte für Bau und Montagearbeiten, BGV-D-7 – Bauaufzüge, BGV-C-23 Taucherarbeiten, BGV-D-6 – Krane, BGV-B-3 – Lärm sowie BGV-A-5 – Erste Hilfe) einzuhalten sowie die Anforderungen nach §§5 und6 der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (BaustellenV) vom 10. Juni 1998 (BGBl I S. 1283) zu erfüllen.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, im Fall der Auftragserteilung die in meinem/unserem Unternehmen beschäftigten tarifgebundenen Arbeitnehmer nicht unter den für mein/e Unternehmen geltenden Lohnтарifen bzw. die in meinem/unserem Unternehmen beschäftigten nicht tarifgebundenen Arbeitnehmer nicht unter den Mindestentgelt-Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes zu entlohnen. Gleiches gilt für meine/unsere Verpflichtung aus Sozialkassentarifverträgen, die auf mein/unser Unternehmen anzuwenden sind.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die Beiträge zu den Zweigen der sozialen Sicherheit zu zahlen, die nach dem auf die Beschäftigungsverhältnisse meiner/ unserer Arbeitnehmer anzuwendenden Recht zu entrichten sind.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns , die öffentlich rechtlichen Bestimmungen gegen Schwarzarbeit, illegale Arbeitnehmerüberlassung und gegen Leistungsmissbrauch – (§ 404 Abs.1 Nr. 2, Abs. 2 Nr. 2, §§406, 407 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, §§15,15a,16 Abs.1 Nr.1, 1b und 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, §2 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit) einzuhalten.

Ich/Wir als Nachunternehmer verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftragnehmer (___) mit Wirkung zugunsten des Auftraggebers (___), dem öffentlichen Auftraggeber zur Durchführung von Stichprobenkontrollen Einblick in die Lohnabrechnung zu geben. Das Einverständnis meiner/unserer von mir/uns eingesetzten Arbeitnehmer zur Vorlage der Lohnabrechnungen und Überprüfung der vorgelegten Lohnabrechnungen werde(n) ich/wir einholen.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns Löhne und Gehälter auch ausländischer Beschäftigten mindestens monatlich über Gehaltskonten zu überweisen und vollständige, prüffähige, deutschsprachige Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse auf der Baustelle bereitzuhalten oder auf Wunsch des Auftraggebers vorzulegen.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer eine gleich lautende Erklärung mir/uns gegenüber abgibt.

2. Mir/Uns ist bekannt, dass Unternehmen nach den Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für eine angemessene Zeit von der Teilnahme am Wettbewerb um einen Auftrag ausgeschlossen werden können, wenn sie wegen Verstoßes mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt worden sind. Das gleiche gilt auch schon vor der Durchführung eines Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht.

3. Ich/Wir als Nachunternehmer verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftragnehmer (___) mit Wirkung zugunsten des Auftraggebers (___) für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den Verpflichtungen aus Ziffer 1 erfolgten Entlohnung eines in meinem/unseren Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmers oder der Nichtabführung von Sozialkassenbeiträgen an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1% der Auftragssumme, maximal 25.000 €, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 10% der Auftragssumme, maximal 250.000 € zu zahlen.

Bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 1 dieser Vereinbarung erwirbt der Auftraggeber (___) unmittelbar das Recht, die verwirkte Vertragsstrafe von mir/ uns zu fordern.
Die Vertragsstrafe wird nicht mehr verlangt, wenn wegen des zugrunde liegenden Verstoßes straf- oder ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen mich/uns ergriffen worden sind.

(Ort, Datum, Stempel, Unterschrift, Auftragnehmer)

(Ort, Datum, Stempel, Unterschrift, Nachunternehmer)